

FDP DER SCHWEIZ

Pressekonferenz vom 3. Juli 1983

Teilnehmer am Pressegespräch:

Yann Richter, Präsident FDP der Schweiz, Neuenburg

Dr. Regula Frei-Stolba, Vizepräsidentin FDP der Schweiz,
Hausfrau und Oberassistentin Uni-
versität Bern, Aarau

Geneviève Aubry-Moine, Nationalrätin, Tavannes

Dr. Stéphanie Mörikofer-Zwez, Hausfrau und Forschungs-
assistentin Universität Basel,
Kaiseraugst

Alice Moneđa, Beauftragte für Frauenfragen beim Schweiz.
Kaufmännischen Verband, Zürich

Hans Rudolf Leuenberger, Fürsprecher, Generalsekretär
FDP der Schweiz, Bern

Pressekonferenz vom 8. Juli 1983

B e g r ü s s u n g

durch Parteipräsident Yann Richter

Ein liberales Grundanliegen ist die freie Entfaltung des Individuums, ob Mann oder Frau. Beide, Mann und Frau, sind jedoch als soziale Wesen gleichermassen verantwortlich für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Nach liberalem Verständnis soll auch die Frau ihre Begabung frei und voll entfalten können und soll ihr kein Tätigkeitsfeld verschlossen bleiben, für welches sie sich aus persönlicher Neigung oder Fähigkeit entscheidet. Der volle Abbau aller Rechtsnormen und Gewohnheiten, welche die Frau diskriminieren, ist ein elementares liberales Ziel. Ebenso ist es eine der vornehmsten Pflichten des Gesetzgebers, die Rechtsgleichheit als Grundprinzip für die Beziehungen von Mensch und Staat unantastbar zu garantieren.

Gleichzeitig sind wir Freisinnigen der Ueberzeugung, dass dieses Ziel in einer freiheitlichen Gesellschaft in erster Linie auf dem Wege der freiwilligen Weiterentwicklung erreicht werden muss. Durch freie Ueberzeugung in der Familie, in den Betrieben, in den politischen Behörden - überall da, wo die Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen (noch) eingeengt sind. Die Rechtssetzung muss in jenen Fällen in Funktion treten, wo diskriminierende Tatbestände nicht auf freiwilligem Wege bereinigt werden können. Das erfordert auch Aenderungen von Gesetzen.

Diese Ungleichheiten müssen behoben werden. Der Auftrag gemäss dem neuen Verfassungsartikel richtet sich nach liberaler Ueberzeugung im übrigen nicht nur an den Gesetzgeber des Bundes, sondern auch an jenen der Kantone und Gemeinden. Und wenn der Verfassungstext scheinbar nur den Gesetzgeber anspricht, so müssen selbstverständlich auch die rechtsanwendenden Behörden - Richter, Verwaltung - in ihrem Pflichtenkreis das Geschlechtergleichheitsgebot verwirklichen, sofern das ohne besonderen neuen Bestimmungen möglich ist.

Die eidgenössische Abstimmung vom 14. Juni 1981 ist zweifelsohne der Markstein in der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Zumal die Lage der Frau in den Jahren zuvor, abgesehen von der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts, von Rechtsänderungen weitgehend unbeeinflusst geblieben ist. Ein paar Revisionen fallen bei gesamtheitlicher Betrachtung nicht ins Gewicht. Für die nächste Zukunft ist 1981 gewisser Wandel eingeleitet worden, wenn auch keineswegs garantiert. Nach unserer freisinnigen Auffassung werden wir uns jedoch dafür engagieren, dass nicht nur im allgemeinen Bewusstsein, sondern auch im Recht dem Gleichheitsgebot Nachachtung verschafft wird.

Dabei gehen wir vom Grundsatz aus, dass Gleichberechtigung nicht Gleichmacherei bedeutet. Wir wollen partnerschaftliches Denken und Handeln von Mann und Frau fördern. Nur wenn es gelingt, vom geschlechtsspezifischen Rollendenken wegzukommen, lässt sich eine solche Partnerschaft verwirklichen. Wenn unterschiedliche Werte und Eigenschaften nicht mehr typisch "weiblich" respektive typisch "männlich" eingestuft werden, sondern als Eignung und Neigung des Individuums anerkannt werden, heben wir die Polarisierung zwischen den Geschlechtern auf.

Für uns Freisinnigen gibt es "Frauenfragen". Das sind Fragen, die die Frauen stärker oder anders betreffen als die Männer. Die "Frauenfrage" durchzieht alle gesellschaftlichen Probleme. Wenn wir uns Freisinnige als Liberale für die Gleichberechtigung einsetzen, geht es uns nicht, ich habe es schon gesagt, um Gleichmacherei, um Nivellierung. Wir wehren uns entschieden gegen die weitverbreitete Meinung, Frauen seien nicht nur von Männern verschieden, sondern diesen auch unterlegen. Wir wollen keine Kraftmeierei. Wir wollen aber auch nicht alles über den gleichen Leisten schlagen. Es gibt Aufgaben, und dies möchte ich hier besonders unterstreichen, denen in aller Regel Männer besser gewachsen sind, während die Erfüllung anderer Obliegenheiten den Frauen weniger Mühe bereiten. Im Wissen um die Vielfalt der individuellen Lebensgestaltung stellt sich eine liberale Frauenpolitik nicht gegen die traditionellen Formen des Frauenlebens, die das Hauptgewicht auf die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter legen. Liberale Frauenpolitik wendet sich aber auch nicht gegen neue Formen der Lebensführung. Sie begrüßt vielmehr den Reichtum an Wahl- und Entfaltungsmöglichkeiten, die den Frauen heute offenstehen. Ein klares Nein setzen wir aber aus liberaler freisinniger Sicht jenen Bestrebungen entgegen, die sich gegen eine harmonische Entwicklung der Gesellschaftspolitik stellen. Diese darf nicht mit Systemveränderungen, die das liberale Wertsystem ablösen möchten, verwechselt werden.

* *

Das Thema Frauen und Freisinn ist in den letzten Wochen und Monaten in den Medien in verschiedenfältigster Form abgehandelt worden. Es war viel die Rede von "Fällen". Dass es in den Medien, aber auch in der Partei zu Missverständnissen

gekommen ist, möchte ich nicht verheimlichen.

Wir Freisinnigen sind Individualisten, als Frauen und Männer. Der Standpunkt des Einzelnen kommt mithin deutlicher zum Ausdruck als der Wille der Gruppe. Niemand, ob Mann oder Frau, ist einem unbeugsamen Dogmatismus unterworfen. Darin unterscheiden wir uns Freisinnigen von anderen Parteien. Das führt denn auch dazu, dass die internen Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Kurs, über das Ausmass des liberalen Verständnisses offener und beherzter geführt werden. Dies führt zu divergierenden Meinungen, zu unterschiedlichen Ansichten. Das Einstehen für das liberale Gedankengut verlangt aber auch Toleranz. Toleranz gegenüber jenen, die eine andere Meinung vertreten. Dies kann aber nicht soweit gehen, dass alle Positionen übernommen werden können. Und wenn es zu Mehrheitsentscheiden kommen muss, wie beispielsweise bei der Nominierung von Kandidaten, dann sind auch hier die Regeln der Demokratie zu respektieren. Und dies gilt für alle, für jene die Unterliegen, wie aber auch für jene, die den Unterlegenen ihre Unterstützung haben angedeihen lassen. Wer Mehrheitsentscheide nicht akzeptieren kann, die nach einer offenen und breit geführten Aussprache zustandekamen, verletzt Grundregeln der Toleranz und steht damit im Widerspruch zum liberalen Gedankengut.

Mit der Aussage "Wir Freisinnigen haben die Frauen gern" bekundete unsere Partei seinerzeit ihre Unterstützung für das Frauenstimm- und Wahlrecht. An dieser Tatsache hat sich bis heute - für die vielen engagierten Frauen innerhalb der FDP, wie für die männlichen Mitglieder - nichts geändert, ungeachtet gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten. Unsere politische Handlungsweise wird auch weiterhin durch die Suche nach einvernehmlichen Lösungen geprägt sein.

Pressekonferenz vom 8. Juli 1983

Freisinnige Frauenpolitik

Von Dr. Regula Frei-Stolba, Vizepräsidentin
FDP der Schweiz, Aarau

Das Papier zur freisinnigen Frauenpolitik ist in seinen Grundzügen vor einem Jahr in der Arbeitsgruppe "Frau und Politik" entworfen, zusammen mit Vertreterinnen der freisinnig-demokratischen Frauengruppen ausgearbeitet und von der Geschäftsleitung der FDP verabschiedet worden. Vorausgegangen sind zahlreiche informelle Gespräche unter freisinnigen Frauen, die ihrem Unbehagen gegenüber alten und neuen Schlagworten Ausdruck gaben und die eine freisinnige Standortbestimmung in diesem gesellschaftspolitisch wichtigen, Mann und Frau betreffenden Bereich wünschten.

Grundsätzliche Erwägungen zur Frauenpolitik heute

Eine Standortbestimmung über die heutige Lage der Frauenpolitik führt zweifellos zur Feststellung, dass mit der Einführung des Frauenstimmrechtes im Jahre 1971 und der Volksabstimmung von 1981 zwei wichtige allgemeine politische Anliegen verwirklicht worden sind. Dass mit diesen beiden Abstimmungen aber nicht alle sogenannten "Frauenfragen", nämlich Anpassungen verschiedener gesetzlicher Regelungen an den eingetretenen gesellschaftlichen Wandel, mit einem Schlag gelöst worden wäre, dürfte ebenfalls klar sein. Es ist also zu erwarten, dass diese Gesellschaftsfragen noch eine Zeitlang Thema der Innenpolitik bleiben werden.

Eine unvoreingenommene Betrachtung der heutigen Situation zeigt aber, dass von nun an die Frauenpolitik sehr viel differenzierter angegangen werden muss als bisher. Frauen sind unter sich nicht gleich, sollten aber gerade deswegen Verständnis für einander haben. Frauen sind im Gegensatz zu Männern sehr viel abhängiger von ihrem Zivilstand, vom Alter ihrer Kinder sowie von der Art ihrer häuslichen oder beruflichen Tätigkeit. Die freisinnige Frauenpolitik steht deshalb für die Vielfalt der Möglichkeiten im Leben der Frau ein, möchte sie besser berücksichtigt wissen und lehnt es folgerichtig ab, einseitige Lebensmodelle irgendwelcher Art zu propagieren.

Ein zweiter Aspekt berührt den Stellenwert der Frauenfragen. Allzulange hat man von Frauen - wie auch von Männerseite - diese Probleme zu isolieren versucht und dabei außer acht gelassen, dass es Fragen sind, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Eine zukunftsgerichtete Frauenpolitik, die das sich ergänzende, gleichberechtigte Nebeneinander und Miteinander von Frauen und Männern anstrebt, kann deshalb nicht ohne Rücksicht auf das Ganze geführt werden. Damit ist zugleich gesagt, dass Frauenpolitik in freisinniger Sicht nicht unter dem Gesichtspunkt des Feminismus und des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau geführt wird, sondern im Geist der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Verantwortung. Grundlage dazu ist die liberale Ueberzeugung, nach der jeder Mensch, Mann wie Frau, Anspruch auf gleiche Freiheit, gleiche Rechte vor dem Gesetz und gleiche Entfaltungsmöglichkeiten hat, aber auch aufgerufen ist, gleiche Verantwortung für das Ganze zu tragen.

Die Besinnung auf die freisinnigen Grundanliegen in der Gesellschaftspolitik führt zur dritten Feststellung. So wichtig Gesetze auch sind, so muss doch immer ein grösserer, nicht normierter Bereich bestehen bleiben, der dem einzelnen die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens lässt. Der Liberalismus bejaht den gesellschaftlichen Wandel, vertraut aber auf die Initiative und Kreativität des einzelnen und will möglichst wenig staatlich regeln. Noch vorhandene gesetzliche Barrieren sind abzubauen. Das Hauptgewicht liegt jetzt aber auf der persönlichen Haltung und Verantwortung, die insbesondere die Erziehung der nächsten Generation, unser aller Hauptaufgaben, prägen soll: Im Mittelpunkt aller Bemühungen muss immer der Mensch bleiben, der Gelegenheit haben soll, sich nach seiner Eignung zu entfalten, ohne dass die Geschlechtszugehörigkeit einen Einfluss hat. So ausgebildete Männer und Frauen werden in einer partnerschaftlich organisierten Gesellschaft die Probleme der Zukunft meistern können.

Stellungnahmen zu Sachfragen

In einem zweiten Teil werden Stellungnahmen zu verschiedenen aktuellen Sachfragen vorgelegt.

Die Stellungnahmen zum Ehe- und Bürgerrecht leiten sich aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung und der gleichen Verantwortung von Mann und Frau ab. Im Steuerrecht wird am System der Familienbesteuerung festgehalten, sofern verschiedene notwendige Änderungen, wie vor allem die Einführung des Doppeltarifes in Bund und Kantonen, erfolgen.

Zur hängigen 10. AHV-Revision wird am Grundsatz des selbständigen Rentenanspruches der Frau festgehalten. Auch sollte das gleiche Rentenalter, schon aus Gründen der Gerechtigkeit, angestrebt werden, wobei jedoch auf die besondere Situation jener alleinstehenden Frauen aufmerksam gemacht wird, die dadurch benachteiligt würden. In der Krankenversicherung ist grundsätzlich die Prämiengleichheit von Mann und Frau ins Auge zu fassen. Oberstes Prinzip bei allen Postulaten im Bereich der Sozialversicherungen ist jedoch die wirtschaftlich Tragbarkeit. Da trotz Drängen der FDP nur ungenügendes Zahlenmaterial vorliegt, musste auf detailliertere Stellungnahmen verzichtet werden. Im Hinblick auf die berufliche Vorsorge wird eindringlich an die Frauen appelliert, das beim Ausscheiden aus dem Berufsleben ausbezahlte Pensionskassengeld im Sinne der zweiten Säule anzulegen, nicht zuletzt im Hinblick auf einen späteren Wiedereinkauf in eine Pensionskasse. Beim Mutterschutz setzt sich die FDP für eine Verstärkung des Kündigungsschutzes und eine Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubes ein, lehnt den Elternurlaub jedoch ab. In Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch steht das Bestreben nach einer Verbesserung der heutigen gesetzlichen Regelung und einer Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches an oberster Stelle. In der Revision des Sexualstrafrechtes werden Anpassungen an die veränderten Wertvorstellungen befürwortet, wobei aber extremen Forderungen nicht unterstützt werden. Ein wichtiges Sachkapitel ist der gesamte Bereich der Ausbildung. Die gleichen Ausbildungsgänge in der Schule müssen durch die Erziehung unterstützt und durch weitergehende Schulung der Frauen im Beruf gefördert werden. Um der besonderen Situation der verheirateten Frauen gerecht zu werden, wird auf die Teilzeitarbeit grosses Gewicht gelegt, ohne die Gefahren

dieser Arbeitsform zu verkennen. Bezüglich des Postulats des gleichen Lohnes für gleichwertige Arbeit, für welchen Grundsatz sich die FDP eingesetzt hat, sind nun die nötigen Schritte einzuleiten.

FDP DER SCHWEIZ

Pressekonferenz, 8. Juli 1983

Frauen in der Bundesversammlung

Nationalrat

FDP	8
SP	7
CVP	2
LdU	1
POCH	1
SVP	-
Lib.	-
EVP	-

Ständerat

SP	2
Lib.	1
CVP	1

(FDP stellte 1971 mit Lise Girardin, GE, die erste Ständerätin)

Frauen in den kantonalen Parlamenten

SP	83
FDP	67
CVP	63
POCH/PSA/PdA	23
Lib.	19
LdU	13
SVP	11
EVP	9
div.	9

Tendenz aufgrund der Wahlen im Frühling dieses Jahres in den Kantonen ZH, LU, BL, GR und TI: FDP +5, POCH +4, LdU +4, div. +1, SVP, Lib., EVP, CVP keine Veränderung, SP -5.